Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 49 (1957)

Heft: 9

Artikel: Die Bundestagswahlen und die Gewerkschaften

Autor: Hirsch, Kurt

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353809

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

aus den Aufwendungen an Renten, Krankengeldern und Heilkosten hervor, die im Berichtsjahr 168,8 Mio Fr. betragen haben. Die Erledigung der Schadenfälle erfolgte wie immer prompt und sozusagen reibungslos unter der geschickten Mitarbeit der Gewerkschaften. Von den kantonalen Versicherungsgerichten wurden 193 Urteile gefällt, von welchen nur 18 zu Ungunsten der Anstalt ausfielen. Das Eidg. Versicherungsgericht fällte 61 Urteile, aber nur 4 zu Ungunsten der Anstalt.

Die Betriebsrechnungen beider Versicherungsabteilungen sind in Ordnung; diejenige der Betriebsunfälle schließt trotz der neuen Tarifgestaltung, die einen Prämienausfall von 2½ Mio Fr. gebracht hat, mit einem Einnahmenüberschuß von 2,4 Mio Fr. ab, der dem gesetzlichen Reservefonds und dem Ausgleichsfonds überwiesen worden ist. Die Rechnung der Nichtbetriebsunfälle weist einen Ueberschuß von 4,5 Mio Fr. aus, von welchem 3,7 Mio Fr. als Abzahlung an die aus früheren Jahren stammende Schuld an den Reservefonds verwendet werden konnten, und es ist zu erwarten, daß in den nächsten Jahren die verbleibende Schuld getilgt werden kann, wenn nicht durch nichtüberlegte Beschlüsse das Risiko der Abteilung ohne Deckung erhöht werden sollte.

Der Bericht für 1956 bestätigt neuerdings, daß die Anstalt die ihr übertragene Aufgabe richtig löst. Sie kann aber, wie Kollege Berenstein in einer früheren Nummer der «Rundschau» ausgeführt hat, noch erweitert werden. Zunächst soll aber eine gute Invalidenversicherung geschaffen werden unter Einschluß der ganzen Bevölkerung, und wenn der Bund sich seiner im Gesetz von 1911 vorgeschriebenen Verpflichtungen wieder erinnert, wird die Anstalt in der Entwicklung eine größere Beweglichkeit erhalten.

Dr. A. Bohren

Die Bundestagswahlen und die Gewerkschaften

Im Vorfeld der Parlamentswahlen in der Bundesrepublik wird folgende Charakterisierung der für den Bundestag kandidierenden Parteien interessieren. Im Vordergrund der Betrachtung steht die Stellung dieser Parteien zu den Gewerkschaften und deren Forderungen.

1. Die CDU und das Ahlener Programm

Als führende Regierungspartei trägt die Christlich-Demokratische Union für alles, was seit dem Bestand der Bundesrepublik innen- und außenpolitisch sowie auf sozialpolitischem Gebiet getan oder unterlassen wurde, die volle Verantwortung. Ihr Wirken ist von der Person ihres Parteichefs, Bundeskanzler Dr. Adenauer, nicht zu trennen, und zweifellos gibt es in der Bundesrepublik keine zweite

Partei, der von einem Manne ein so starker persönlicher Stempel aufgedrückt wird, wie dies bei der CDU durch Dr. Adenauer der Fall ist. Wir wollen es in diesem Zusammenhang unterlassen, darüber zu urteilen, ob diese Tatsache im Interesse der Partei und einer gesunden demokratischen Entwicklung im allgemeinen gelegen ist.

Anläßlich der versuchten Spaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes durch die Gründung der sogenannten CGD (Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands) hatte sich die überwiegende Mehrheit der der CDU angehörenden Gewerkschaftskollegen – darunter auch der gegenwärtige zweite Vorsitzende des DGB, Kollege Tacke – sehr entschieden gegen diese Spaltungsversuche ausgesprochen. Doch bedauerlicherweise wurde dieser mißglückte giftige Spaltpilz im Schoße der CDU und publizistisch durch führende CDU-Blätter – wir denken hier vor allem an ein Wochenblatt, das sich durch besondere Gewerkschaftsfeindlichkeit auszeichnet – gefördert.

Der im Oktober 1955 von den Arbeitnehmervertretern in der Bundestagsfraktion der CDU geforderte Ausschluß des Abgeordneten Winkelheide – dem Initiator des mißlungenen Spaltungsversuches – ließ sich nicht realisieren.

Als befremdend muß es bezeichnet werden, daß das Blättchen der CGD anläßlich des Hamburger DGB-Kongresses, der von Bundeskanzler Dr. Adenauer begrüßt wurde, im Oktober 1956 folgendes schreiben konnte:

> ... Ganz im Gegenteil. Der Kanzler, so meinen wir, müßte nicht mehr der «alte Fuchs» sein, wenn er sich eine Gelegenheit entgehen ließe, für seine Politik auch unter der sozialistischen Arbeiterschaft zu werben —, um die nächsten Wahlen wieder zu gewinnen. Sollten wir etwa fordern, Adenauer möge seine Werbung nur auf den Kreis der eingeschriebenen CDU-Mitglieder beschränken — und die nächsten Wahlen verlieren?

Es scheint uns im höchsten Maße unglaubwürdig, daß Dr. Adenauer in seiner Funktion als Regierungschef den Kongreß der größten demokratischen Organisation der Bundesrepublik, die sechs Millionen Arbeitnehmer umfaßt, nur aus wahltaktischen Gründen begrüßt haben sollte. Gerade deshalb, weil wir das nicht glauben, müssen wir es sehr bedauern, daß die oben zitierte Behauptung des schon erwähnten Blättchens bis zum heutigen Tag nicht dementiert wurde.

Als Gewerkschafter interessiert uns vor allem das im Jahre 1947 in Düsseldorf proklamierte Ahlener Programm. Mit diesen Leitsätzen bekannte sich die CDU zu einer wirtschaftlichen Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in der Bundesrepublik. Wörtlich hieß es in diesem Programm:

> daß es gälte, nunmehr den Grundstein zu legen für eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, für ein neues wirtschaftliches Zeitalter.

Nicht ohne Stolz bemerkte unser Gewerkschaftskollege – der damalige zweite CDU-Vorsitzende – Jakob Kaiser: «Die CDU ist keine bürgerliche Partei.»

Man macht sich mit der Behauptung, daß es in den letzten Jahren bei der CDU um das Ahlener Programm – das mit den gewerkschaftlichen Forderungen teilweise konform geht – sehr ruhig geworden ist, ebensowenig einer Uebertreibung schuldig, als mit der Feststellung, daß der Einfluß der Arbeitnehmer in der CDU in den letzten Jahren im steten Rückgang begriffen ist.

Vom gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet, müssen wir es beklagen, daß bei dem letzten CDU-Parteitag in Stuttgart von dem Ahlener Programm überhaupt nicht mehr gesprochen wurde. Vor einigen Monaten beantwortete der CDU-Abgeordnete J. Albers die Frage, ob dieses Programm überhaupt noch aktuell sei, mit folgenden Worten:

> Manche glauben, daß die Stellungnahme der CDU aus den Gründerjahren heute nur noch historisches Interesse beanspruchen kann. Der Unterzeichnete ist aber mit vielen andern der Meinung, daß diese programmatische Erklärung auch heute noch im wesentlichen aktuell ist und beachtet werden sollte...
>
> Im Ahlener Programm betonten wir das machtverteilende Prinzip. Und heute ist es wieder so weit, daß Großunternehmen, Wirtschafts- und Interessenverbände aller Art Machtpositionen innehaben und von ihrer Macht nicht gerade zimperlich Gebrauch machen. Man spricht von der Gleichberechtigung, von Kapital und Arbeit, von der Sozialpartnerschaft, von Unternehmern und Arbeitnehmern. Seit Jahr und Tag liegen Vorschläge zur Schaffung von überbetrieblichen Gemeinschaftsorganen der Wirtschaft zur Verwirklichung dieser Sozialpartnerschaft vor. Aber weder der Frage eines Bundeswirtschaftsrates noch der Frage der Schaffung von paritätischen Wirtschaftskammern sind wir auch nur einen Schritt nähergekommen. So geht es nicht. Hier tut ein Umdenken not...

Die der CDU nahestehende Zeitschrift «Soziale Ordnung» stellte vor Beginn des seinerzeitigen Stuttgarter Parteitages die Frage:

> Wird Stuttgart eine neue Stellungnahme, eine Klärung der noch offenen Fragen bringen?...
>
> Aber kann es überhaupt noch getan werden? Ist noch genug sozialer Gestaltungswille in der CDU lebendig, ein Wille, der über die Sozialversicherungsreform hinausgeht und sich erinnert, daß eine Sozialreform eine Zustände-Reform ist und eine Tätigkeit auch auf anderen Gebieten verlangt...

Wenn wir die Entwicklung der größten Regierungspartei in den letzten Jahren verfolgen, dann ist die von dem CDU-Blatt oben gestellte Frage bezüglich des sozialen Gestaltungswillens dieser Partei nur schwer zu bejahen.

2. Seltsame Wege einer Deutschen Partei

Im Jahre 1945 fanden sich in Hannover einige Männer zusammen, die trotz ihrer betont deutschnationalen Einstellung gewillt waren, sich nach England zu orientieren. Sie erinnerten sich plötzlich – in den Zeiten von Deutschlands größter Not – an 1866 und an Georg III., König von Großbritannien und Irland und von Hannover. Das heißt, sie wollten sich aus den Konsequenzen der deutschen Niederlage retten, eine Loslösung von Deutschland durchführen und einen engen Anschluß an die britische Siegermacht finden.

Am 15. November 1946 proklamierte die britische Militärregierung das Land Niedersachsen und erfüllte damit die wesentlichste Forderung der Niedersächsischen Landespartei. Der Schritt dieser Partei zur Deutschen Partei auf Bundesebene war gleichbedeutend mit einem ideologischen Brei. Es wurde der Marsch in die Richtung auf den national-sozialen-konservativen-föderalistischen-europäischen Mittelstandseintopf angetreten.

Im Januar 1947 erfolgte dann die Gründung der Deutschen Partei auf Bundesebene, und auf diesem Parteitag setzte sich schon teilweise der extremnationale Flügel – gegenüber den konservativen niedersächsischen Föderalisten –, repräsentiert durch Dr. Seebohm, durch.

Es ist uns aus Platzmangel nicht möglich, auf die mannigfaltigen nationalistischen Exzesse der Vertreter der Deutschen Partei näher einzugehen. Wir begnügen uns deshalb mit der Feststellung, daß die verschiedenen Reden des führenden DP-Funktionärs, Minister Seebohm, wegen ihrer aggressiven nationalistischen Tendenzen im In- und Auslande unangenehmes Aufsehen erregt haben und daß sich Bundeskanzler Dr. Adenauer schon des öfteren gezwungen sah, sich von den Sonntagsreden seines Ministers zu distanzieren.

Doch bei der Beurteilung der Deutschen Partei, die sich kürzlich mit dem von der FBP abgespaltenen Flügel des Bundestagsabgeordneten Euler, der sich als FVP (Freie Volks-Partei) bezeichnet, zusammengeschlossen hatte, interessiert uns vor allem die Stellung zu den Gewerkschaften. Und es sei vorweggenommen, daß sich, abgesehen von der FVP, keine Partei einer solchen eindeutigen gewerkschaftsfeindlichen Haltung befleißigt, wie dies bei der konservativ-nationalistischen Deutschen Partei der Fall ist.

Da wurde zum Beispiel vor einigen Monaten der Redakteur des DP-Dienstes und des Parteiblattes «Deutsche Stimme», ein Herr Olaf Mumm wegen Beleidigung eines Gewerkschaftsfunktionärs zum Widerruf der verleumderischen Behauptung und zum Tragen der Prozeßkosten verurteilt. Im Mai 1953 veranstaltete die DP sogenannte «Deutsche Maifeiern». Damit bezweckte sie vor allem der nationalsozialistischen Phraseologie Rechnung zu tragen, und des weiteren trugen diese sogenannten Maifeiern betont gewerkschafts-

feindlichen Charakter. So gab zum Beispiel der Landesleiter der DP – der ehemalige kommunistische Gewerkschaftsspalter Albert Walter – in Bremen ein Flugblatt heraus, das sich im alten Leyschen Jargon gegen die marxistische Vorherrschaft in den Gewerkschaften wandte. Der Schlußsatz dieses Pamphlets lautete:

> Sorgt dafür, daß der 1. Mai wieder ein Feiertag aller Schaffenden im deutschen Volke wird. Deshalb entscheidet euch bei den kommenden Sozial- und politischen Wahlen nicht marxistisch oder bolschewistisch, sondern deutsch.

Als Spitzenreiter der gewerkschaftsfeindlichen Attacken der Deutschen Partei muß Bundesminister Dr. Seebohm bezeichnet werden. Im März 1955 hielt er es für richtig, gegen gewerkschaftliche Streiks zu polemisieren und sich in der ausfälligsten Weise gegen die angeblich aggressiven Absichten der Gewerkschaften auszusprechen, die nach seiner Ansicht den Streik auch im «politischen Raum» anwenden und deshalb revolutionär seien. Bei dieser Gelegenheit meinte Minister Seebohm des weiteren, die Aufstellung einer Wehrmacht sei «nicht nur unter außenpolitischen Aspekten, sondern auch aus Gründen der Innenpolitik notwendig», da ein Staat ohne Wehrmacht «allen Kräften im Staate ausgeliefert» sei.

Denen, die seine Ausführungen als eine Bedrohung der Gewerkschaften bezeichneten, erklärte Minister Seebohm zwei Tage später, er habe in diesem Zusammenhang nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von dem Forum der Verkehrsteilnehmer gesprochen. Merkwürdig muß es nur berühren, daß niemand, der seine Ausführungen gehört oder gelesen hat, auf die Idee gekommen wäre, Seebohm empfehle die Anwendung des neuen Militärs auch gegen das Verkehrsteilnehmerforum oder gegen die Arbeitgeberverbände, die er ebenfalls in seiner Rede erwähnt hatte.

An sich ist Herr Minister Seebohm immer gerne bereit, gehaltene Reden zu dementieren oder nach einigen Tagen abzuschwächen. Nicht dementiert und nicht abgeschwächt hat Herr Seebohm seine im Dezember 1952 auf dem hessischen Landesparteitag der DP gehaltene Rede, in der er die Einheitsgewerkschaft als «eine Form staatlichen Lebens» bezeichnete, «mit der man die Wirtschaft erwürgt». Des weiteren beschuldigte er die Gewerkschaften, sie seien eine «Lohnerhöhungsmaschine, die den Mittelstand, die tragende Schicht des Staates, vernichten» wolle.

Nicht dementiert und nicht abgeschwächt hat Bundesminister Dr. Seebohm seine im Februar 1957 in Lüneburg gehaltene Ansprache, in der er erklärte:

> Die einzige Sicherheit, nach der Wiedervereinigung nicht dem Bolschewismus anheimzufallen, ist eine gesunde Landwirtschaft und ein gesunder Mittelstand, nicht aber eine hochverdienende Arbeiterschaft.

Ebenfalls nicht dementiert und nicht abgeschwächt wurden die folgenden Aeußerungen:

> Die Deutsche Partei bekämpft die Einheitsgewerkschaft, die alle rücksichtslos in einen Rahmen zwingt. ...
>
> Die Gewerkschaften sammeln mit ihren Mitgliedsbeiträgen riesige Vermögen an, die sie, ohne sie zu versteuern, zum Bau von Gewerkschaftshäusern verwenden und in Konzerne stecken.

Man kann die Methoden, die die Deutsche Partei im Kampf gegen die Gewerkschaften anwendet, in folgende Punkte zusammenfassen: Verleumdung des DGB und seiner Funktionäre; Unterstützung und Gründung «gelber» Gewerkschaften und Uebernahme von NS-Phrasen wie die der Betriebsgemeinschaft.

Ebensowenig wie man einem unverbesserlichen Nationalsozialisten zumuten kann, etwa eine demokratische Partei zu wählen, die sich gegen seine politischen Ziele wendet, ebensowenig wird man von einem Arbeitnehmer erwarten können, daß er der Deutschen Partei seine Stimme gibt, die sich gegen seine wirtschaftliche Interessenvertretung, gegen die einheitliche Gewerkschaftsbewegung und damit auch gegen seine eigenen persönlichen Interessen wendet.

3. Die Freie Volks-Partei und Dr. Euler

Die schon im Zusammenhang mit der Deutschen Partei erwähnte Freie Volks-Partei steht innen- und außenpolitisch bedingungslos hinter Dr. Adenauer und unterscheidet sich von der CDU nur durch ihre aggressive Gewerkschaftsfeindlichkeit und ihre absolute Abhängigkeit von den maßgebenden Kreisen der Wirtschaft und der Industrie.

Zur Abspaltung dieser Gruppe von der FDP kam es vor allem, weil die Freie Demokratische Partei sich nicht gewillt zeigte, die Mitverantwortung für die Außenpolitik der Bundesregierung weiter zu tragen und deshalb aus der Regierung ausgetreten war. Das gesamte Verhalten der sogenannten Freien Volks-Partei kann als symptomatisch für das Fehlen eines liberal orientierten Bürgertums in Deutschland gelten. Ueber dieses Fehlen glaubt Bundestagsabgeordneter Dr. Martin Euler und seine Ministerfreunde – die seinerzeit die FVP gegründet hatten – mit Phrasen vom Neoliberalismus hinwegtäuschen zu können.

Vor einiger Zeit schrieb der bekannte Theoretiker der österreichischen Gewerkschaftsbewegung Dr. Benedikt Kautsky zu dem Thema «Glanz und Elend des Liberalismus» unter anderem:

> Es gibt heute eine wissenschaftliche Sekte, die sich «Neoliberalismus» nennt. Neo, das heißt neu. Aber neu daran ist nur die Tatsache, daß das, was uns diese Sekte vorträgt, in früheren Zeiten nicht «Liberalismus» genannt, sondern schlicht und einfach mit dem Wort «konservativ» abge-

tan worden wäre. Wenn wir das, was da heute als Liberalismus angepriesen wird, auf seinen letzten Gehalt reduzieren, so bleibt nichts übrig, als ein sturer Antisozialismus; vom alten Liberalismus aber ist kein Hauch mehr zu spüren...

Wenn wir Gegner des Liberalismus von heute sind, so nur deshalb, weil sich der Liberalismus als unfähig erwiesen hat, seine eigenen Ideale zu verwirklichen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat Ungleichheiten und Machtpositionen geschaffen, die die Freiheit zerstörten und mit ihr nicht zu vereinbaren sind. Der Liberalismus ist nicht am Sozialismus gestorben, sondern am Kapitalismus selbst. Er ist schon vor siebzig Jahren gestorben, weil er sich als unfähig erwiesen hat, auf die Dauer seine eigene Welt in Ordnung zu halten. Wir haben also heute gar nicht mehr die Wahl zwischen freier und gebundener Wirtschaft, sondern nur noch zwischen verschiedenen Formen der Wirtschaftsbindung...

Das Fehlen einer wirklich liberalen Gesinnung bei der Freien Volks-Partei hat zwangsläufig zur Folge, daß sie an den politischen Rockschößen Dr. Adenauers klebt und ihr bedingungsloses Abhängigkeitsverhältnis von Unternehmerverbänden sie dazu bringt, die Interessen der kleinsten Schicht der Bevölkerung – des bundesdeutschen Besitzbürgertums – zu vertreten.

Dementsprechend war es auch nicht von ungefähr, daß sich die FVP im September 1956 mit einem durch Postwurfsendung verbreiteten Flugblatt bei der Bevölkerung einführen wollte, das nur so von gewerkschaftsfeindlichen Pöbeleien strotzte.

Zu den «alten Kämpfern» für die Gründung einer FVP zählte der schon erwähnte ehemalige hessische Landesvorsitzende der FDP, Bundestagsabgeordneter Dr. Martin Euler. Ihm blieb es vorbehalten, die Kriegsdienstverweigerer in der gröblichsten Weise zu diskriminieren und alle Diskussionen über Sinn und Zweck einer militärischen Aufrüstung in einem geteilten Lande als «Geschwafel» zu bezeichnen. Er war es auch, der bei Kundgebungen der faschistischen Jugendorganisation Bund deutscher Jugend als Redner auftrat, und er zögerte auch nicht, diese Organisation zu verteidigen, als die Oeffentlichkeit von der Mordkartei erfuhr, die von Funktionären dieser angeblichen Jugendorganisation angelegt worden war. Es ist dies der gleiche Herr Euler, der sich während der Bundestagswahlen im Jahre 1953 vom DGB-Bundesvorstand und dem Vorsitzenden der Konsumgenossenschaften der unwahren Behauptung bezichtigen lassen mußte, und es ist dies schließlich auch jener Herr Euler, der die Demokratie im Sinne einer teils diktatorisch geführten «Präsidial-Demokratie» zu reformieren wünscht. Dr. Martin Euler kann als Programm der FVP für deren gewerkschaftsfeindliche und reaktionäre Haltung gelten.

Am Gründungsparteitag der Freien Volks-Partei fühlte sich der Vorsitzende der Partei, der ehemalige SS-Führer Minister Viktor Emanuel Preusker, zu folgenden rednerischen Ergüssen veranlaßt:

Die Gefahr einer kalten Machtergreifung gegen uns alle und gegen die Freiheit des Volkes zeichnet sich deutlich ab! Wer auch noch den Rest der Bevölkerung in die alleinige Abhängigkeit vom Staat und der staatlichen Wohlfahrtsversorgung hineinzwingt, der begeht das todeswürdigste Verbrechen an der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie! Gegen ihn muß sich die Demokratie mit der gleichen Schärfe wenden, wie gegen den Hochverräter, der mit blutigem Aufstand die Freiheit und das Recht eines Volkes beseitigen will! Diese gewissenlosen, machthungrigen Funktionäre wissen vielleicht noch gar nicht einmal selbst, wie sehr sie schon nicht für eine sozialistische, sondern vielmehr für eine kommunistische Machtergreifung den Boden bereiten!

Die FVP zu wählen steht für jeden Arbeitnehmer außerhalb jeder Diskussion. Wenn wir aber trotzdem darüber berichten, so geschieht dies, weil es sich hier um eine Regierungspartei handelt. – Um eine Regierungspartei, die das Licht der Bonner Welt mit Hilfe jener 6 Millionen Mark erblickte, die ihr aus Mitteln des «Förderkreises» zur Verfügung gestellt wurden.

4. Das «soziale Programm» der FDP

Die Freie Demokratische Partei legt großen Wert darauf, als die bürgerliche liberale Partei zu gelten. Unbestreitbar hat diese Partei Persönlichkeiten in ihren Reihen, die für sich das Prädikat liberal beanspruchen können und deren demokratische Gesinnung über jeden Verdacht erhaben ist.

Viele von ihnen bekennen sich zu den liberalen Auffassungen Friedrich Naumanns, aber es gab und gibt innerhalb der verschiedenen FDP-Landesverbände auch Persönlichkeiten, denen die Auffassungen und politischen Methoden des ehemaligen Staatssekretärs im Reichspropagandaministerium, Dr. Werner Naumann, durchaus nicht unsympathisch sind. Nur so sind die oft extrem gewerkschaftsfeindlichen Angriffe aus den Reihen der FDP zu erklären. – Angriffe, die – wenn man von einigen Ausnahmen absieht – aus den Reihen ehemaliger exponierter Nationalsozialisten kommen, die sich heute wieder in Wort und Schrift in der FDP betätigen können. Dies trifft vor allem für die verschiedenen Redakteure der FDP-Wochenblätter zu. So konnte man zum Beispiel in der FDP-Zeitung von Bremen («Deutsches Echo») unter der Rubrik «Deutsche Kommentare» die folgenden Auslassungen lesen:

König der Großkapitalisten unter den Organisationen ist unbestritten der Deutsche Gewerkschaftsbund. Er steht in dieser Hinsicht der ehemaligen Arbeitsfront kaum nach. Der Unterschied ist nur der: Während man aus dem Mund des seligen redseligen Dr. Ley laufend erfuhr, was die Arbeitsfront getan hatte und welche neue Gebiete sie für «Kraft durch Freude» noch zu erschließen gedachte, hüllt sich der DGB über die positiven Absichten, das Leben des Arbeiters mit eigenen Mitteln schöner zu

gestalten, in Stillschweigen. Diese Aufgabe überläßt er lieber Staat und Wirtschaft.

In der FDP-Zeitung «Die deutsche Zukunft» konnten wir folgende Meinung lesen:

> Dem Tüchtigen steht heute der Weg zum Erfolg offen. An unzähligen Beispielen läßt sich der Nachweis führen: In der freien Marktwirtschaft hat jeder den Marschallstab im Tornister.
>
> Das Solidaritätsbewußtsein — einmal die Grundlagen der Gewerkschaften — ist heute sinnlos geworden.

Der innerhalb der FDP für sozialpolitische Fragen zuständige Bundestagsabgeordnete Dr. Hammer vertrat anläßlich einer Debatte im Bundestag die folgende Meinung:

> Wir haben eine Invalidenversicherung mit der Möglichkeit der Zahlung von Invalidenrenten gegründet, und wir haben nach der Gründung dieser Versicherung erlebt, daß es bei uns auf einmal Invalide gab, während vorher keine da waren. ...
>
> Wer aber diese Psychologie kennt, der weiß, daß in den Leistungen einer Versicherung eine unerhörte Verführung für alle liegt, die auf diesem Wege den harten Verpflichtungen des Daseins entgehen können.

Der jetzige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Willi Richter, sah sich damals im Bundestag zu der folgenden Antwort veranlaßt:

> Die Ausführungen des Kollegen Dr. Hammer haben mich mehr als verwundert. Ich habe es für unmöglich gehalten, daß ein Arzt in der Lage ist, die Sozialversicherung, ihre Träger und ihre Wirkungen so zu schildern, wie dies hier von Herrn Dr. Hammer geschehen ist. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, so hat er in seinem Beispiel zum Ausdruck gebracht, daß der Landmann in relativ kürzerer Zeit bei ein und demselben Leiden oder bei ein und derselben Krankheit wieder gesunde als der Arbeiter, der die doppelte und eine noch längere Zeit benötige. Das bedeutet doch praktisch, daß der Arbeiter als ein Drückeberger und Simulant bezeichnet wird. Daß diese Ansicht ausgerechnet von einem Arzt und Mitglied dieses hohen Hauses vertreten wird, finde ich mehr als eigenartig.

Auch der ehemalige Parteivorsitzende der FDP, Dr. Dehler, fühlte sich vor allem als Justizminister bemüßigt, ebenfalls mit rhetorischer gewerkschaftsfeindlicher Munition in den restaurativen bundesdeutschen Alltag herumzuschießen. So erklärte er unter anderem:

> Es ist eben manches faul, und darum geht es mir bei der Auseinandersetzung mit der Bürokratie des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu verhindern, daß sich eine bösartige Geschwulst im deutschen Volkskörper bildet, an ihm schwärt und verdirbt ...
>
> Es ist ungeheuerlich, mit welcher Kurzsichtigkeit und Engstirnigkeit die Gewerkschaften ihren Kampf führen ...

Wir sitzen alle in einem Boot und, statt mitzuhelfen, es seetüchtig zu machen, wollen die Gewerkschaften, während wir uns auf hoher, stürmischer See befinden, es zerschlagen, weil sie glauben, ein anderes, besseres zimmern zu können...

Das Mitbestimmungsrecht ist eine brutale Rechtlosigkeit...

Die Gewerkschaften sind deshalb des Zuchthauses würdig geworden...

...darin liegt eine Nötigung des Parlaments, auf der Strafen nicht unter fünf Jahre Zuchthaus stehen. Von der Verfolgung der Gewerkschafter hat man seinerzeit abgesehen, weil das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden konnte...

Für die Zukunft aber, das sollen die Herren Fette, Freitag und Reuter wissen, wird jeder Versuch der Gewerkschaften, in ähnlicher Weise die Parlamente unter Druck zu setzen, gerichtlich verfolgt werden...

Herr Freitag und seine Freunde müssen wissen, daß jede Wiederholung ihres verfassungs- und gesetzwidrigen Tuns zur Anwendung des Strafgesetzbuches in seiner ganzen Schwere führen wird.

Am 5. Juli 1952 hat der Hauptausschuß der FDP ein «Sozialprogramm» beschlossen. In diesem wird verlangt, daß der Aufgabenbereich der Gewerkschaften durch Bundesgesetz «abzugrenzen» sei. Praktisch wurde damit die Einheit der Gewerkschaftsbewegung angegriffen, denn an anderer Stelle dieses Programms heißt es, jeder «sachlich zuständige Verband» solle Koalitionspartner sein. Damit wurde vor allem an die von der FDP geförderten gelben Grüppchen gedacht. Die FDP lehnte in diesem Programm die Streiks ab und wünschte diese über die politische Mehrheit des Bundestages zu «schlichten». Des weiteren wurde gefordert, daß die Arbeitsvermittlung «nicht nur» in staatlicher Hand bleiben möge, womit die private Kontrolle unbeliebter Arbeiter, Schwarze Listen usw. möglich gemacht würden. Nach Ansicht der FDP sollten die sozialpolitischen Maßnahmen weitgehend in die Betriebe verlegt werden, wodurch naturgemäß die Abhängigkeit der Arbeitnehmer von den Unternehmern zunehmen würde. Abschließend sei noch auf die Forderung nach einem «verfeinerten Leistungslohn» verwiesen. Dieser würde einer Spaltung der Arbeiterschaft gleichkommen, denn in dem Programm heißt es weiter, daß dieser «Leistungslohn die Beteiligung am Betriebsertrag» bedeute.

Wenn man auch manche außenpolitische Gedanken, die aus den Reihen der FDP geäußert wurden, als Gewerkschafter durchaus begrüßen kann, so dürfen aber die sozialpolitischen Theorien und vor allem die gewerkschaftsfeindliche Praxis der FDP-Redner und -Schreiber nicht übersehen werden.

Gerade den FDP-Politikern, die sich sonntags gerne auf den großen liberalen Sozialpolitiker Friedrich Naumann berufen, wäre es zu empfehlen, sich auch wochentags seiner Worte, die wir im folgenden wiedergeben, zu erinnern:

Aus einzelnen Zeitungen werden Verbände, kombinierte Unternehmungen, Herstellungsgemeinschaften, deren kapitalistische Kraft und kauf-

männische Wucht die Betriebe der früheren Stufen zu erdrücken suchen. Der Markt wird als Ganzes gedacht, und die einzelnen Orte sind nur Filialen der Zentralbanken für Meinungen, Meinungsversorgung. Das Warenhaus der menschlichen Meinungen beginnt sich zu etablieren. Und diejenigen, die im Mittelpunkt dieses Warenhauses sitzen, seien sie Besitzer oder Direktoren, wissen recht gut, was sie zu werden im Begriffe sind: die Päpste der kapitalistischen Aera. Von ihnen hängt ab, was das Volk glauben soll...

Es liegt aber in der Natur des Großbetriebes, daß er gewisse Einheitsformen schafft, und Einheitsformen in der Tagesliteratur sind bereits Beeinflussung.

5. *Der BHE – die «nichtmarxistische Sozialpartei»*

Daß es sich bei dem BHE um eine Rechtspartei handelt, die durchaus nicht ohne weiteres als demokratisch zu bezeichnen ist und der auch zwangsläufig jede demokratische Tradition fehlt, beweist allein schon die Entwicklung dieser Organisation seit 1949. Nachdem der ehemalige SS-Hauptsturmführer Waldemar Kraft nach zweieinhalbjähriger Internierung durch die Alliierten entlassen worden war, kandidierte er bei den ersten Bundestagswahlen im Jahre 1949 und konnte damals das gewünschte Mandat nicht erringen. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Juli 1950 wurde Kraft Chef der zweitstärksten Partei des Landes. Mit 15 Abgeordneten, die 23,4 Prozent der abgegebenen Stimmen repräsentierten, zog er in den Landtag ein und wurde stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister. Im Juni 1951 fand die Gründung dieser Partei auf Bundesebene statt. Bei den darauf folgenden Landtagswahlen in Niedersachsen erhielt der BHE 14,9 Prozent und bei den Kommunalwahlen 16,9 Prozent der Stimmen. Auf Gemeinschaftslisten mit rechtsradikalen Gruppen eroberte der BHE bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 14,7 Prozent und in Bayern 12,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Nachdem sich der sogenannte Ministerflügel Oberländer und Kraft unter die regierungs- und postensicheren Fittiche des Bundeskanzlers Dr. Adenauer begeben hatte, verlor der BHE stark an Bedeutung. Diese Verluste suchte man durch verstärkte nationalistische Töne wettzumachen; es sind dies jene Töne, die manchem der heute führenden BHE-Funktionäre aus der jüngsten politischen Vergangenheit noch in Erinnerung sind. Gelernt ist eben gelernt...

Doch ehe wir uns mit den nationalistischen Exzessen dieser Partei aus der letzten Zeit auseinandersetzen, interessiert uns in erster Linie die Stellung dieser «Sozialpartei» zu den Gewerkschaften. Zu diesem Zweck entnehmen wir der niedersächsischen BHE-Zeitung «Gesamtdeutscher Kurier» die folgenden Stellen:

Gerade die Streiks der letzten Wochen haben jedoch gezeigt, wie töricht und kurzsichtig eine derartige Politik ist...

Gerade daraus aber sollte man die Lehre ziehen, wie notwendig eine neue Sozialpartei in Deutschland ist. Eine Sozialpartei, die frei ist von jeder Klassenkampfdoktrin, die nicht von vornherein in jedem Unternehmer einen Ausbeuter und Blutsauger sieht, sondern Arbeiter und Unternehmer allein nach ihren Qualitäten als Einzelmenschen einschätzt. Weder die CDU noch die FDP, bieten die Voraussetzungen dafür...

Die soziale Deklassierung aber, die Millionen Heimatvertriebener mitmachen mußten, hat in ihnen allen ein neues Sozialbewußtsein geweckt, das in der in vielen Vertriebenen-Betrieben zu beobachtenden Betriebsgemeinschaft einen recht überzeugenden Ausdruck findet.

Der BHE verfügt auch über ein «Sozialprogramm». In diesem kommt unter anderem zum Ausdruck, daß die Vertreter der Arbeiterschaft nach Ansicht des BHE nichts in den Betrieben zu suchen hätten:

Wir lehnen es ab, die schaffende Persönlichkeit, gleichgültig, welcher Stellung im Betrieb, zum anonymen Wesen des Kollektivs zu machen oder den Betrieb zur Kampfstätte von Organisationen oder des Klassenkampfes werden zu lassen. Wir sind daher gegen die Mitbestimmung von betriebsfremden Organisationen in den Betrieben.

Als Sozialexperte des BHE, der den Gewerkschaften Zensuren erteilt, fungiert ein Dr. Georg Körner. Er wurde 1933 von Robert Ley als Kommissar des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs im ADGB eingesetzt. In dieser Eigenschaft hat er die Gewerkschaft am 2. Mai 1933 übernommen und gleichgeschaltet. Er bekleidete später maßgebliche Funktionen in der DAF.

So weit die sozialpolitischen Theorien des BHE. Doch wie sieht die sozialpolitische Praxis des BHE dort aus, wo sie die Möglichkeit haben, diese durch ihre Stimmen zu beeinflussen?

Die in der Verfassung von Schleswig-Holstein verankerten Bestimmungen über eine fortschrittliche Bodenreform, die für die Seßhaftmachung der Heimatvertriebenen auf eigener Scholle weitgehendste Möglichkeiten bot, wurde mit den BHE-Stimmen im Landtag gestrichen. Die bereits im Gange befindliche Aufteilung des einem mehrfachen Großgrundbesitzer gehörigen Gutes Loitmak wurde auf Verlangen des BHE eingestellt. Die Verfassungsbestimmungen über Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit wurden aufgehoben.

Das sind einige der sozialpolitischen BHE-Errungenschaften aus Schleswig-Holstein.

Nur wer die Entwicklung des BHE von der Partei der Flüchtlinge zum Sammelbecken nationalistischer Irrläufer und rechtsradikaler Politiker in Betracht zieht und wer des weiteren ihre relative Aussichtslosigkeit bei den kommenden Bundestagswahlen berücksichtigt, wird es verstehen, daß man auf dem kürzlich in Düsseldorf durchgeführten Parteitag beschlossen hatte, die Wiederherstellung des Deutschen Reiches «von der Saar bis an die Memel» zu fordern. Des

weiteren wünscht man, daß alle Politiker, die Grenzfragen in anderem Sinne als der BHE zu lösen versuchen, als «Landesverräter» vor Gericht gestellt werden sollten. Dementsprechend wird der «Kampf gegen alle Verzichtpolitiker» als bräunlicher Wahlschlager serviert, und dieser Folgerichtigkeit entsprechend werden alle demokratischen Politiker beschimpft und diskriminiert, die der Meinung sind, daß die Probleme zwischen den Völkern nicht durch nationalistische Hetze, sondern nur durch eine gegenseitige Kompromißbereitschaft gelöst werden können.

Wenn es etwas gibt, das zum Beispiel die in Polen begonnene Entwicklung, die eine fühlbare Erleichterung für die noch dort lebenden Deutschen mit sich brachte, zu stören imstande ist, und wenn es des weiteren etwas gibt, das die morgen oder übermorgen im Interesse der noch in Polen lebenden Deutschen zu führenden Gespräche erschwert, wenn nicht unmöglich macht, dann sind das die nationalistischen Exzesse des BHE. – Nationalistische Exzesse, die zum Beispiel darin ihren Ausdruck finden, daß man auch das Memel- und das Sudetenland dem «Reich» einverleiben will und daß man die Bundesrepublik als legitime Nachfolgerin des hitlerschen Unrechtstaates proklamiert. Es besteht sicherlich kein Anlaß, die nationalistischen Töne des BHE im Chor der rechtsradikalen Stimmen zu überschätzen, doch sicherlich wäre es verfehlt, diese Tendenzen zu unterschätzen. Unbestreitbar läßt sich aber beim besten Willen für einen Arbeitnehmer kein Grund finden, dem BHE seine Stimme zu geben.

6. Die SPD und die Gewerkschaften

Wenn man die Geschichte der modernen Gewerkschaftsbewegung und die der Sozialdemokratischen Partei zurückverfolgt, dann wird man von neuem in dem Bewußtsein bestärkt, daß seit jeher zwischen diesen beiden Organisationen enge Beziehungen bestanden haben; ein Verhältnis, das nicht durch eine manchmal sich ergebende Personalunion oder durch die Tatsache, daß seit jeher die Mitglieder der SPD zu den aktivsten Kräften innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gehörten, zu erklären ist. Nein, dieser Zusammenhalt ergab sich zwangsläufig, daß die verschiedenen sozialpolitischen Ziele, wie die Erreichung des Achtstundentages, die Arbeiterschutzgesetzgebung, Urlaubsfragen usw., von den beiden machtvollen Organisationen der demokratischen Arbeiterbewegung vertreten wurden und werden. Das, was von den Gewerkschaften als den legitimen Vertretern der Arbeitnehmerschaft gefordert wird, wurde und wird von der SPD in den parlamentarischen Körperschaften durchgekämpft. Daß die Sozialdemokratische Partei bei der Durchsetzung dieser Forderungen auch oft Unterstützung anderer parlamentarischer Parteien

findet, muß natürlich objektiverweise erwähnt werden, ändert aber grundsätzlich nichts an dem Tatbestand.

Es war deshalb in der Geschichte der letzten Jahrzehnte sicherlich nicht von ungefähr, daß diese beiden Organisationen in wirtschaftlichen, die gleichbedeutend waren mit politischen Krisen, kritischen Situationen, in Mitleidenschaft gezogen wurden. Hier sei vor allem an die Ereignisse des Jahres 1933 gedacht. Damals glaubten manche ebenso Gutgläubige als politisch Kurzsichtige, die Gewerkschaften könnten irgendwie mit den NS-Machthabern zu einem tragbaren Vergleich gelangen. Diese unpolitischen Träumer wurden sehr nachdrücklich und sehr rasch von Nationalsozialisten eines schlechteren belehrt.

Bei der Betrachtung des Verhältnisses zwischen der SPD und der demokratischen Gewerkschaftsbewegung muß vor allem nachdrücklichst daran erinnert werden, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund zwar nicht parteipolitisch gebunden ist, daß er aber dessen ungeachtet durchaus nicht als unpolitisch gelten kann und will. Die Gewerkschaften werden sich selbstverständlich mit der Partei verbunden fühlen und gewerkschaftspolitische Tuchfühlung halten, die im Bundestag und in den Länderparlamenten am stärksten und nachdrücklichsten für die sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmer eintritt. Das müßte allerdings nicht durchaus die SPD sein, und es steht auch allen anderen Parteien frei, sich bei einem parlamentarischen Wettstreit, das heißt durch ihr Verhalten bei sozialpolitischen Gesetzen, um die Sympathie der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zu bewerben.

Die Gewerkschaften machen sich durchaus keines Bruches der politischen Neutralität schuldig, wenn sie zum Beispiel bei Bundestagswahlen ihren Mitgliedern sehr nachdrücklich empfehlen, zu prüfen, wie sich die einzelnen im Bundestag vertretenen Parteien und wie sich die Bundesregierung selbst bei der Behandlung sozialpolitischer Gesetze verhalten habe; wenn sie daran erinnern, daß einzelne Parteien von Unternehmerverbänden finanziell unterstützt werden – die dies sicherlich nicht aus reiner Nächstenliebe tun – und daß diesen Parteien bei sozialpolitischen Fragen naturgemäß die Hände durch diese Schecks gebunden sind.

Die Gewerkschaften machen sich des weiteren keines Bruches der Neutralität schuldig, wenn sie ihre Mitglieder auffordern, das Verhalten der einzelnen Länderregierungen und der in diesen vertretenen Parteien bei sozialpolitischen Entschlüssen ebenfalls bei der Abgabe ihrer Stimme zu berücksichtigen. Dies zu tun, ist nicht nur das Recht der Gewerkschaften, sondern es ist ihre im Grundgesetz verankerte staatsbürgerliche Pflicht.

Man wird es auch den gewerkschaftlich organisierten Wählern nicht verübeln können, wenn sie es vorziehen, jener Partei ihre Stimme zu geben, deren außenpolitische Linie ihnen zusagt. Das

heißt, von der sie erwarten, daß sie durch ihre Politik zur weltpolitischen Entspannung beiträgt und deren politische Konzeption zur Verwirklichung des DGB-Programms «zur Wiedervereinigung Deutschlands» am ersten beiträgt.

Diese und ähnliche Erwägungen sind durchaus nicht so neu, als es manche Kreise darzustellen belieben. Wer sich in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch nur einigermaßen zurechtfindet, der weiß, daß die Gewerkschaften in politischen Fragen noch niemals ein regierungstreues Blatt vor den Mund genommen haben. Dieser im Interesse aller Arbeitnehmer gelegene gute Brauch wurde von allen Gewerkschaftsrichtungen in der Vergangenheit gepflegt. Im «Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands» vom 25. März 1907 können wir zum Beispiel die folgende Betrachtung zum Ergebnis der damaligen Reichstagswahlen lesen:

> Bei Wahlparolen, wie sie auch lauten mögen, darf niemals vergessen werden, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung die Vertretung einer vorwärtsstrebenden Klasse darstellt. Viele, insbesondere ideale, Gesichtspunkte sind den christlichen Arbeitern mit andern Gesellschaftsschichten gemeinsam. Zum Vorwärtsstreben einer Klasse sind indes verschiedene Grundbedingungen Voraussetzung. So u. a. das Reichstagswahlrecht. Kandidaten, die nicht für solche Grundbedingungen Gewähr bieten, dürfen unter keinen Umständen von christlichen Gewerkschaftern unterstützt werden. Es wird daher notwendig werden, daß der Ausschuß des Gesamtverbandes für politische Wahlen ein Mindestprogramm formuliert...
>
> Damit soll die parteipolitische Meinungsfreiheit der Mitglieder unserer Bewegung nicht beeinträchtigt werden. In den meisten bürgerlichen Parteien ist für fortgeschrittenere und weniger fortgeschrittenere Elemente Platz. Die Wähler einer Partei haben daher deren Verjüngung im neuzeitlichen Sinne in der Hand. *Kandidaten, die für die moderne Arbeiterbewegung kein Verständnis besitzen, müssen eben durch andere ersetzt werden.*

Am 29. November 1924 veröffentlichte «Der Bergknappe», Zeitschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, einen Aufruf, in dem es hieß:

> Auf zur Reichstagswahl am 7. Dezember!
>
> Wem geben wir am Wahltag unsere Stimme? Diese Frage zu beantworten ist nicht schwer. Der sozialen Reaktion und deren Handlangern geben wir natürlich keine Stimme. Am Wahltag haben wir zu entscheiden, ob wieder der Geist des Christentums im Volksleben zur Herrschaft kommen soll, jener Geist, der sich praktisch auswirken muß nach dem Gebot: «Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!», damit auch der Arbeiter als Menschenbruder in der Gesellschaft geachtet und gewertet wird. Mehr noch: der dem Arbeiterstand auch gerechten Anteil an den Kulturgütern zukommen läßt. Dieser Geist wird von den Gegnern der Gleichberechtigung der Arbeiter und den Vertretern der brutalen Diktatur auf das schärfste bekämpft. Aber auch der Kommunismus kann der Arbeiterschaft nicht helfen.

...Derselbe Geist des brutalen Machtstandpunktes ist auch bei den Vertretern des extremen Kapitalismus anzutreffen. Diese Richtung kennt nicht nur rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeiter und Arbeiterrechte, in ihr herrschen vornehmlich die Anhänger der sozialen Reaktion und des Herrenmenschentums. Sie sind die schärfsten Gegner des Arbeiterschutzes, der Sozialpolitik.

«Der Deutsche Metallarbeiter», Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes, erklärte am 7. April 1928 zur Reichstagswahl im Mai des gleichen Jahres:

Wenn wir als christliche Gewerkschaften auf dem Boden der parteipolitischen Neutralität stehen, das heißt uns an keine bestimmte Partei binden oder gar eine Marschroute für unser gewerkschaftliches Handeln in Empfang nehmen wollen, so bedeutet das aber nicht, als ob wir uns etwa aus der Politik ausschalten lassen wollten. Politik ist Gestaltung der materiellen und seelischen Kräfte eines Volkes zu seinem Aufstieg. Daß wir daran sehr lebhaft interessiert sind und daß wir unsere Stoßkraft dafür auch in den Parlamenten einsetzen, bedarf gar keiner Erörterung. Politik bedeutet weiter Staatsbürger sein und handeln. Gerade die christliche Gewerkschaftsbewegung erwartet von ihren Mitgliedern, daß sie ihre staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten erfüllen. Daraus erwächst aber die Notwendigkeit der parteipolitischen Betätigung der Mitglieder. Welche Partei das Mitglied wählt, ist seine Sache.

Es war wieder «Der Bergknappe», der am 30. Juli 1932, unmittelbar vor den damaligen Reichstagswahlen, schrieb:

Es ist selbstverständlich, daß unsere Mitglieder an dem Ausgang dieser Wahlen ein großes Interesse haben. Ebenso selbstverständlich ist es, daß sie als deutsche Staatsbürger sich persönlich an diesem Wahlkampf beteiligen und dafür Sorge tragen, daß nur Kandidaten der bürgerlichen Parteien gewählt werden, die uns die Gewähr bieten, daß unsere deutschen Arbeitnehmer im künftigen Staat sozial und staatspolitisch gesehen wirklich ein menschenwürdiges Dasein führen können. Es kommen für uns immer nur solche Kandidaten in Frage, die sich hundertprozentig für die sozialen Rechte der deutschen Arbeitnehmer einsetzen.

Wir glauben, unsere Betrachtung über die für den Bundestag kandidierenden Parteien nicht besser schließen zu können als mit einer Wiederholung des im März 1907 im «Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands» geschriebenen Satzes, der lautete:

Die Wähler einer Partei haben daher deren Verjüngung im neuzeitlichen Sinne in der Hand. Kandidaten, die für die moderne Arbeiterbewegung kein Verständnis besitzen, müssen eben durch andere ersetzt werden. —

Dort, wo ein Ersetzen nicht gut möglich erscheint, werden die Gewerkschaftskollegen die ihnen richtig erscheinenden Konsequenzen ziehen.

Kurt Hirsch, Darmstadt